

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint Mittags nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.
Bezugspreis: Monatlich 3 Mark. Einzelne Nummern 15 Pf.
Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 21295 — Schriftleitung Nr. 14574.
Postfachkonto Dresden Nr. 2486. — Stadtkontokonto Dresden Nr. 140.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum 30 Pf., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teil 60 Pf., unter An-
gesand 90 Pf. Ermäßigung auf Geschäftsanzeigen, Familienanzeigen u. Stellen-
gesuche. — Schluss der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Verkaufsstelle von Holzplanken auf den Staatsforstrevieren.
Verantwortlich für die Redaktion: Hauptgeschäftsführer Bernhard Jolles in Dresden.

Nr. 132

Dresden, Dienstag, 10. Juni

1924

Ein Übergangskabinett Marjal in Frankreich.

Millerands Botschaft an die Kammer.

Kabinettsrat der neuen Regierung.

Paris, 9. Juni.
Ministerpräsident François Marjal hatte heute vormittag eine kurze Unterredung mit Poincaré. Daraus begab er sich zum Präsidenten der Republik, um mit diesem in Anwesenheit des Abgeordneten Reibel zu verhandeln. Diese Konferenz dauerte 30 Minuten. Beim Verlassen des Elysees erklärte der Ministerpräsident den Berichtserstattern: Alles werde sehr ruhig verlaufen. Wir sind die Hüter der Verfassung und wir werden nicht gefallt, daß sie verletzt wird. Um 1/2 Uhr nachmittags hielten die neuernannten Minister einen Kabinettsrat ab. Um 5 Uhr stellte Ministerpräsident Marjal dem Präsidenten der Republik das von ihm gebildete Kabinett vor. Morgens vormittag wird unter Vorsitz Millerands im Elysee ein Ministerrat stattfinden, in dessen Verlauf der Präsident der Republik Kenntnis von seiner Botschaft an das Parlament geben wird.

Die Haltung der Kammermehrheit.

Paris, 9. Juni.
Die Frage, wie sich die neue Kammermehrheit der Kammer zu dem von dem Präsidenten Millerand eingeschlagenen Verfahren verhalten wird, beantwortet das folgende Wort des Linksblatts „Oeuvre“, wie folgt:
Die Präsidentenfrage ist jetzt geregelt. Die Demission Millerands ist sicher. Das Problem, das jetzt folgt, ist die Frage der Nachfolgerschaft. Die Republikaner wollen und müssen einen einzigen Kandidaten haben. Er wird in einer Vollversammlung der Linken, der Kammer und des Senats bezeichnet werden.
Das ist ein Vorhaben, das der republikanischen Mehrheit entspricht. So ist es geschehen, als der Präsident des Senats Fallières im Laufe einer ebenfalls schwierigen Periode gegen Doumer zum Kandidaten bestimmt worden ist. So ist man vorgegangen, als 1913 Poincaré aufgestellt wurde, trotzdem Poincaré als erklärter Kandidat bezeichnet wurde. Poincaré hat diese Abstimmung nicht angenommen und ist doch vor dem Kongress Kandidat geblieben. Dieses Mal aber wird es eine republikanische Disziplin geben: wenn mehrere Kandidaten in der Vollversammlung aufgestellt werden, wird der die Mehrheit erlangende der einzige Kandidat der Republikaner sein. Die Wahl des neuen Präsidenten wird nach dem „Oeuvre“ am kommenden Freitag in Versailles stattfinden, die Vorschlagsliste am Donnerstag. „Oeuvre“ schließt, in dieser ganzen Affäre repräsentiert die Linke die Macht und die Rechte, das konstitutionelle Recht!

Die Rechtfertigung Millerands.

Paris, 9. Juni.
„Matin“ glaubt zu wissen, daß der Präsident der Republik in der dem Parlament zu übermittelnden Botschaft zunächst feststellen werde, daß entgegen der Verfassung, die das Mandat des Präsidenten auf 7 Jahre festgelegt habe, eine aus den Wahlen hervorgegangene politische Mehrheit die Ausübung dieses Mandates dadurch unmöglich mache, daß sie sich weigere, ein Kabinett zu bilden, das sich auf diese Mehrheit stütze. Der Präsident werde bemerken, daß ein derzeitiger Widerstand unzulässig ist, und daß die Grundgesetze, um die Kontinuität der Verfassung sicherzustellen, eine verhängene Zeitdauer für die Mandate des Präsidenten, der Senatoren und der Deputierten festgelegt hätten. Man würde also für die Zukunft eine außerordentlich gefährliche Präzedenz schaffen, wenn man die Stellung des Staatsoberhauptes von Wahlresultaten abhängig machen würde. Die Botschaft werde ferner unterstreichen, daß die

Paris, 9. Juni.
Gestern vormittag berief Millerand den Senator François Marjal ins Elysee, um diesem die Bildung des Kabinetts anzuvertrauen. Marjal hat angenommen. Er erklärte den Journalisten, er hoffe, am Dienstag nachmittag um 3 Uhr sein neues Kabinett der Kammer vorstellen zu können. Auf die Frage, ob die Demission Millerands bekanntgegeben würde, sagte er: „Keineswegs.“ Die Botschaft, die er am Dienstag im Auftrag des Präsidenten vor den Häusern des französischen Parlaments verlesen werde, werde keine einfache Demissionsbotschaft sein, sondern eine Stellungnahme der Kammer erfordern. Am Anschlag hieran werde eine kurze Regierungserklärung verlesen.

Die endgültige Zusammenziehung des Kabinetts François-Marjal ist folgende: Vorschlag und Finanzen: François Marjal, Justiz: Senator Natier, Äußeres: Abg. Lefebvre du Prey, Inneres: Senator de Seibes, Krieg: Abg. Maginot, Marine: Abg. Désiré Ferry, Kolonien: Abg. Fabry, Öffentliche Arbeiten: Abg. Le Trocqueur, Arbeit: Abg. Jourdain, Befreite Gebiete: Abg. Louis Marin, Wirtschaft: Abg. Capus, Öffentlicher Unterricht: Abg. Landry, Handel: Abg. P. E. Gandin.

Haltung Millerands durchaus im Rahmen seiner verfassungsmäßigen Rechte geblieben ist. Während der letzten Reise über der Präsident hat seinen Willen kundgegeben, ein Kabinett zu bilden, dessen Programm vollkommen den Wünschen des allgemeinen Stimmrechts entspräche.

Was die Rede anbetreffend, die er in seiner Eigenschaft als Präsident der Republik gehalten habe, so seien sie vollkommen in Übereinstimmung mit der Politik der jeweiligen Kabinetts geblieben, das keinerlei Einwendungen erlösen habe, und niemand habe geglaubt, dieses Kabinett über die durch den Staatsoberhaupt abgegebenen Meinungen interpellieren zu müssen. Die Botschaft des Präsidenten werde schließlich zwecklos erklären, daß man unter diesen Umständen von einem Gewaltstreich einer Mehrheit und einer Verletzung der Verfassung, die durch seinen gültigen Grund gerechtfertigt werden könnte, sprechen müsse. Die Botschaft werde von den beiden Kammern verlesen, daß sie sich klar hierüber äußern und durch eine unabweidende Abstimmung kundgeben, ob sie einen bestimmten Prozeduralantrag unterstützen wollen.

Sofortiger Rücktritt des Kabinetts Marjal nach der Kammerabstimmung.

Paris, 9. Juni.
Wasas schreibt über die vorläufige Lösung der Krise: Die Gründe, die den Präsidenten der Republik veranlaßt haben, die gestern erfolgte Lösung zu wählen, sind die folgenden: Millerand ist 1920 für sieben Jahre gewählt worden. Aus eigenem Antrieb kann er die gesetzliche Dauer seines Mandates, dessen Verpflichtungen er gewissenhaft erfüllt hat, nicht verkürzen. Er hat gemäß dem Ergebnis der Wahlen seinen Willen kundgegeben, den berufenen Vertretern der neuen Mehrheit die Bildung des Ministeriums zu übertragen. Trotz seiner Bemerkungen und seines guten Willens hat er keinen Erfolg gehabt. Es ist also klar, daß eine enge Meinungsverschiedenheit zwischen dem Staatsoberhaupt und einem Teil der Kammer angebrochen ist, die nicht länger andauern kann. Wenn das Parlament den Geist der Verfassung dadurch abändern will, daß es die Rolle, die es dem Präsidenten der Republik zuschreibt, einengt, so muß dies in voller Klarheit ausgesprochen werden.

Das von François Marjal gebildete Kabinett hat keine andere Aufgabe, als das jetzt normale Funktionen der konstitutionellen Organe herbeizuführen. Marjal wird das Parlament auffordern, durch eine Abstimmung seine Ansicht über diese Frage, die einzig und allein gestellt ist, kundzugeben. Dem Parlament wird kein Regierungsprogramm unterbreitet werden, da das

neue Kabinett eingeschlossen ist. kein Amt sofort nach der Abstimmung der Kammer, wie immer sie auch ausfallen mag, niederzulegen. Aus diesem Grunde wird auch die Zusammenziehung des Ministeriums nur eine relative Bedeutung haben.

Anfrage über die Regierungsbildung.

Paris, 9. Juni.
Der Abgeordnete Reibel hat heute nachmittag dem Kammerpräsidenten Fallières die folgende Interpellation gestellt: Ich möchte die Regierung über die Bedingungen zu interpellieren, unter denen das neue Kabinett gebildet worden ist. Beim Senatpräsidenten Doumergue hat Senator Chéron, der ehemalige Vizepräsident, eine ähnliche Interpellation eingebracht. Die Kammergruppe der demokratisch-republikanischen Union hat heute bereits beschlossen, den Abgeordneten Reibel bei seinem Vorhaben zu unterstützen.

Die Taktik des Schweigens.

Paris, 10. Juni.
Die sozialistische Kammerfraktion hat gestern nachmittag eine Sitzung abgehalten, in deren Verlauf der Abg. Paul Boncour für die Taktik des Schweigens in der heutigen Kammer Sitzung einstimmig beschlossen hat. Er erklärte, daß alle Beziehungen zu einem Ministerium verzichtet, das unter solchen Umständen zustande gekommen sei. Dieser Auffassung habe sich anschließend die Mehrheit der fraktionsspezifischen angegeschlossen und die Gruppe habe auf alle Fälle ihren politischen Einfluß zu interaktionellen Besprechungen des Kartells der Linken heute vormittag abgeordnet. An dieser interaktionellen Besprechung nahmen teil die radikale sozialistische Gruppe, die Abgeordneten der sozialistischen, der sozial-republikanischen und der republikanischen Gruppe der radikalen Linken, sowie die Mitglieder der demokratischen Linken des Senats, die bei der radikalen sozialistischen Partei eingeschrieben sind.

„Matin“ schreibt: Das Ziel der Mehrheit der linksstehenden Parteien sei offenbar, heute eine Debatte zu verhindern. Es sei jedoch notwendig, daß das Vorhaben Millerands in einer klaren Situation läge. Das Ministerium François-Marjal werde nicht für oder gegen das Kabinett zu stimmen. Denn auf alle Fälle werde es zurücktreten, sobald die parlamentarische Handlung vollbracht sei, mit welcher es beauftragt wurde. Die von Millerand betriebene Auflösung der Verfassung müsse entweder angenommen oder abgelehnt werden.

Wenn diese erste Krise, in der man sich befindet, ausglücke, ohne daß diese sehr wichtigen Punkte geklärt würden, würde sie in Verwirrung enden und einen gefährlichen Präzedenzfall bilden. Die Regierung und ihre Freunde hätten daher die Frage eingehend geprüft und glaubten, ein Mittel gefunden zu haben, um zu verhindern, daß die Kammer sich jeder Verantwortung entziehe und es vermehre, einen Rechtspruch zu fällen, wie es die Botschaft des Präsidenten verlangt.

Zwischen Morgan und Wostan. Politische Erneuerung in den Vereinigten Staaten.

Von Artz Bielefeld, New York.
Ende Mai 1924.
Die Opposition gegen die geltenden Wirtschaftssysteme hat auf dem europäischen Kontinent Klasse von Klasse getrennt und in der Schaffung der Schlagworte „Bürger“ und „Proletariat“ die eigentliche Realität der ihnen zugrunde liegenden Begriffe mit dem Erfolg überschritten, daß zusammengehörige Kräfte zerstückelt wurden. Wenn sich jetzt die Opposition gegen das Großkapital der Trusts und Monopolisten in den Vereinigten Staaten um ein neues Parteiprojekt zu sammeln beginnt, so ist hier das Fundament von vornherein viel breiter angelegt, begründet durch den Umstand, daß — angelehnt an die soziale Struktur der neuen Welt — das europäische Kampfwort vom „Klassenbewußtsein“ hier mit spärlicher propagandistischer Erfolgschance beginnt. Die neue Partei, von der hier die Rede ist, wird sich in ihrer endgültigen Form am 17. Juni in St. Paul, Minnesota, konstituieren. Man erwartet, daß der bekannte fortschrittliche Senator La Follette zum Präsidenten oder mindestens zum Vizepräsidenten dieser Partei gewählt wird. Als ihr wichtigster Kandidat für die bereits bestehende Farmer-Arbeiter-Partei, worin man jedoch keineswegs den Beweis sehen darf, daß es sich um eine, nach europäischen Begriffen, „proletarische“ oder ausgeprägten sozialistische Partei handelt wird. Dies wurde und auch durch einen der Gründer mit dem Hinweis bestätigt, daß man eine einfache Erweiterung jener Farmer-Arbeiter-Partei durch Hinzufügung der neuen Kräfte, die man dahinter „bürgerlich“ nennen würde, nicht abgelehnt hat. Der Parteirahmen soll in höchstem Maße elastisch bleiben, und während man sich auf die gemeinsame Anerkennung weniger Hauptprinzipien als „Nationalprogramm“ beschränken will, soll es den Parteigruppen der einzelnen Staaten überlassen bleiben, für ihre interne Arbeit besondere staatliche Programme aufzustellen. Die Außenpolitik ist in dem „Nationalprogramm“ überhaupt nicht berücksichtigt worden.
So werden die nach St. Paul eingeladenen Organisationen — zu denen die örtlichen Gewerkschaften, die Farmervereinigungen, Konsumgenossenschaften und internationale Verbände gehören — zunächst nur über die folgenden fünf Punkte zu beschließen haben:

1. Rationalisierung der Eisenbahnen.
2. Aufsicht über Kapital und Kredit durch das Volk mittels Regierungs- und Genossenschaftsbanken.
3. Kontrollierung der natürlichen Hilfsquellen des Landes durch das Volk.
4. Wiederherstellung der in der Verfassung garantierten bürgerlichen Rechte.
5. Aufheben der behördlichen Einmischung in Arbeiter-Auseinandersetzungen und anderer Rechtsmissbräuche.

Das Programm richtet sich sehr gegen die dreifache Macht der Wallstreet, die das Volk beherrscht. Für die Propagierung dieser Kampfbotschaft hat der berühmte Ökonomenwahrer Stoff geliefert. Dieser konzentrierte sich das politische Leben der Vereinigten Staaten in zwei großen Parteien, der republikanischen und der demokratischen Partei, deren Unterschiede letzten Endes nur in den Persönlichkeiten ihrer Führer und Präsidentschaftskandidaten liegen. Während des Wahlaufbaus der großkapitalistischen Schichten — so wird jetzt argumentiert — sind diese Parteien